

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesa, Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 188
Mikrofilm: Riesa Nr. 52.

Nr. 293.

Dienstag, 18. Dezember 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1. bis 31. Dezember 21/2 Mark. Einmalige Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mal hohe Wundschreib- (6 Seiten) 25 Gold-Pennige; die 89 mm breite Postamtzeitung 100 Gold-Pennige; Zeitrauben und tabellarischer Satz 30%, Aufschlag, Seite Tarife, Verwilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg, oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Posterei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notstandsdruck und Verlag: Riefaer & Winterlich, Riesa, Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Carl Friedrich Winterlich, Riesa, für Druck: Carl Friedrich Winterlich, Riesa, für Anzeigen: Carl Friedrich Winterlich, Riesa.

Frankreich und wir.

Der Vetter der französischen Politik hat es für annehmbar gehalten, Deutschland gegenüber den fast ohne Unterbrechung seit den Tagen des Ruhrkampfes durchgeführten und in immer neuen Wendungen zum Ausdruck gebrachten Ton des Einmarsches schließlich den gewöhnlichen Verhältnissen vorläufig anzupassen. Schon die Tatsache, daß ein Meinungsaustrausch, den man bei einem guten Willen als die Vorstufe zu Verhandlungen ansehen kann, überhaupt von Paris aus in der Öffentlichkeit erörtert worden ist, bedeutet, der Norm nach wenigstens, einen Fortschritt. Es hat sich aber bei den verschiedenen Gelegenheiten immer wieder erodezu als Leitgedanke der französischen Politik herausgestellt, Entensankommen nur in der Form zu zeigen, in der Sache aber umso schärfer den grundsätzlichen Standpunkt zu wahren. An dieser Haltung Frankreichs ist jedoch erst wieder der englisch-amerikanische Plan eines wirtlich arbeitsfähigen Sachverständigenausschusses geknüpft, der die Dinge in Europa, nach den Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Notwendigkeit, so nehmen sollte, wie sie sind. Auch Frankreichs Antwort auf die Anregungen der deutschen Regierung, in einem Meinungsaustrausch über die wichtigsten schwebenden Fragen einzutreten, und vor allem möglichst schnell die unhaltbare Lage in den besetzten Bezirken zu klären, ist von Frankreich zwar mit einer gewissen ungewohnten Willigkeit, in der Sache aber doch abschlägig beantwortet worden.

Wenn Frankreich in seiner Antwort auf die deutschen Anregungen darauf hinweist, daß die tragenden Fragen der deutsch-französischen Beziehungen, soweit sie sich unmittelbar aus dem Verfall der Verträge ergeben, nur im engeren Kreise behandelt werden können, so deckt sich diese Auffassung mit der Deutschlands. Vom deutschen Standpunkt aus gesehen kann der Kreis hinsichtlich der Zukunft der vertriebenen Länder gar nicht weit genug gezogen werden. Wichtig und notwendig ist es aber, daß die bisher rein privaten Abmachungen zwischen den Besatzungsbehörden und den Wirtschaftsexekutoren im besetzten Gebiete möglichst schnell durch staatliche Verträge ergänzt werden, die sich nicht nur auf die unmittelbaren wirtschaftlichen Belange beziehen, sondern die im vollen Umfang wieder ein staatliches Leben ermöglichen, d. h. die Verwaltungstätigkeit, die Rechtsbehörden, das Verkehrswesen, die Finanzverwaltung und das Eigentum in jeder Beziehung sicherstellen. Das ist es aber gerade, was Frankreich nicht will. Der Außenminister Dr. Stresemann hat in seiner großen Rede vor der Versammlung mit aller Entschiedenheit und begründeter Deutlichkeit den deutschen Rechtsstandpunkt herausgearbeitet: Die Unmöglichkeit, den Ruhrbesatz als gleichmäßig anzuerkennen, das Recht auf Land, Boden, Eigentum, Staatsrecht, Verwaltung, Autonomie. Diese programmatische Erklärung des deutschen Außenministers, die nicht ohne Wirkung gerade in diesem Augenblick erfolgt ist, muß die Grundlage für jede Verhandlung mit dem französischen Regime bilden. Es beruht im ersten Augenblick etwas feststehend, daß die Frage der Militärkontrolle, die ihrer vertraglichen Bedeutung nach nicht gerade im Vordergrund der Verhandlungsgespräche steht und von Voincaré an sich selbst mit Vorbedacht nach der Stellungnahme der übrigen alliierten Mächte auch nicht in den Vordergrund gerückt worden ist, in der Rede des deutschen Außenministers einen so bedeutenden Platz gefunden hat. Tatsächlich ist diese Frage, von Deutschland aus gesehen, aber von der allergrößten Bedeutung.

Dr. Stresemann hat im weiteren Verlauf seiner Rede darauf hingewiesen, daß eine Reichsregierung, die eine gesunde Entwicklung Deutschlands, die bis zu einem gewissen Grade schon eingeleitet ist, fördern soll, in erster Linie Autorität im Lande haben muß, und nicht der Bevölkerung gegenüber immer wieder gedemütigt und zu Mitteldingen in ehrverletzenden Formen herangezogen werden darf. Von den alliierten Frankreichs wird es durchaus eingeschrieben, daß die Frage der Militärkontrolle, die nach der reiflos durchgeführten Entwaffnung fast belanglos geworden ist, ein Herz neu aufloderndem Lebenshauch werden kann. Das deutsche Volk nach dem Ruhrbesatz ist nicht mehr das gleiche, das sich, in der Hoffnung, schlimmeres dadurch vermeiden zu können, mit französisch uniformierten Schikanen abzufinden gewillt ist. Bewaffnete Schutz von deutscher Seite für französische Kontrollorgane gegen erregte Bevölkerungsgruppen ist heute nicht ohne schwerste Erschütterung der an sich schon nicht gerade starken Staatsautorität möglich. Diese Tatsache der Welt mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt zu haben, ist durchaus nicht überflüssig oder gar ein taktischer Mißgriff, sondern ein Verdienst.

Deutschland hat an einem Wendepunkte der Entwicklung, der zum ersten Male nicht nur kritisch für Deutschland, sondern in ebenso starkem Maße auch für Frankreich genannt werden kann, nochmals getan, was es immer und immer wieder zu tun für richtig befunden hat. Es hat seine Bereitwilligkeit erklärt, auf der Grundlage der nationalen Selbstbehauptung, die eine Selbstverständlichkeit ist, im Rahmen des Möglichen Verpflichtungen nachzukommen, die zwar nicht rechtlich begründet, aber doch durch die Machtverhältnisse bedingt sind. Frankreich hat wiederum, wenn auch nicht in der Form, so doch in der Sache, ausweichend geantwortet. Die Grundlage für eine Austragung des deutsch-französischen Gegenstandes, der immer mehr ein europäisch-französischer Gegenstand zu werden beginnt und darüber hinaus die gesamte Welt beeinflusst, vor einem erweiterten Forum der Mächte ist geschaffen. Man wird sich keinen Enttäuschungen darüber hingeben dürfen, daß Frankreich, eben weil es seinen Ausgleich, sondern die Durchsetzung seiner politischen Depotsammlung erstrebt, mit allen Mitteln der Entpannung weiterhin widerlegen wird. Diese Tatsache wird nicht nur deutschseits, sondern auch

durch die übrigen, an der Auseinandersetzung beteiligten Mächte als Voraussetzung hingenommen werden müssen.

Kabinettsrat in Berlin.

Die Antwort Voincarés auf den deutschen Schritt in Paris ist am Montag mittig in Berlin eingetroffen. Das Kabinettsrat beschäftigte sich im Laufe des Nachmittags mit der Begutachtung der Note. Wie verlautet, entwirft sie im wesentlichen den bereits von der Agentur Havas gegebenen Inhaltsangaben.

Die Londoner Presse

zu den deutsch-französischen Verhandlungen.

London. Die Blätter beschäftigen sich eingehend mit den Verhandlungen Deutschlands mit Frankreich und Belgien. „Observer“ schreibt in einem Leitartikel, die Reparationskommission sei weiterhin nichts anderes als Voincaré unter einem anderen Namen. Die Forderung des Ruhrgebietes und der Versuch, das Rheinland zur Loslösung von Deutschland zu zwingen, würden eine vorläufige Verletzung des öffentlichen Rechts in Europa. Der Verfall der Verträge habe nicht nur Frankreich Rechte verleiht, er habe auch Deutschland einige wenige Rechte gegeben, darunter das Recht, innerhalb gewisser Grenzen als Staat weiter zu bestehen und das Recht, seine Verpflichtungen festzusetzen zu sehen, nicht nach dem Maßstab französischer oder anderer auswärtiger Erfordernisse, sondern nach der eigenen Fähigkeit, sie zu tragen. Die unumgängliche Forderung einer Reparationsregelung sei der Verzicht auf den französischen Anspruch gegen die Einheit Deutschlands. Keine verbundene auch nur eine Minute in Erwägung gezogen zu werden, die nicht die Räumung des Ruhrgebietes und die Wiederherstellung der vertraglichen Bedingungen im Rheinland in sich schloße. „Daily News“ schreibt, aus seinem „Tage“ wider Voincaré in der nächsten Zukunft nicht weniger Schwierigkeiten erwachsen. Es sei leicht zu sagen, daß die Ruhrpolitik nicht in Frage gestellt werden dürfte, es sei jedoch schwierig zu sehen, wie weit ein einziger weiterer Schritt zu einer Regelung, die nach Ansicht der gesamten Welt seit langem überfällig ist, getan werden könne, ohne Umkehrung der gesamten Ruhrpolitik und Wahrungsmethoden.

Die Beratungen des Fünfzehner-Ausschusses.

Der Fünfzehner-Ausschuss setzte gestern die Beratungen über die zweite Steuerreform fort. In einem angenommenen Antrag wurde der Regierung nahegelegt, bei den vorgelegenen Abwägungen der Steuer vom Arbeitslohn die Ermäßigung für die zur Forthaltung des Arbeitnehmers zählenden Familienangehörigen, auch für Kinder bis zu 18 Jahren, statt wie vorgesehen, nur bis zu 17 Jahren, auszubehalten. Weiter empfahl der Ausschuss der Regierung, den Steuerabzug vom Arbeitslohn im Interesse der Vereinfachung und Verbilligung der Steuererhebung in der Weise umzugestalten, daß der Abzug statt von dem einzelnen Lohn und Gehältern von der Gesamtsumme der von den einzelnen Arbeitgebern gezahlten Löhne und Gehälter erhoben wird.

Einkommensteuer betr.

Auf Grund der Steuerreform wird, wie der Pressedienst der Zentrumspartei meldet, am 1. Januar 1924 eine vierte Vierteljahrsteuer der Einkommensteuer für 1923 zu zahlen sein. Am 28. Januar soll ein gleichhoher Betrag zur Abgeltung der Entwertung der Steuernommen im Jahre 1923 erhoben werden. Praktisch handelt es sich also um die Erhebung eines weiteren Viertels der Einkommensteuer.

Die Sicherung der Lebensmittelversorgung.

An die Reparationskommission als Inhaberin der ersten Hypothek auf den gesamten deutschen Besitz ist bekanntlich eine Note der Kriegskostenkommission ergangen, in der erklart wird, eine Anleihe, die zur Sicherung der Lebensmittelversorgung notwendig ist, mit dem Vorrang vor allen anderen Forderungen zu genehmigen. Es handelt sich um einen mehrjährigen Kredit zum Ankauf von Brotgetreide und Fett, in der etwaigen Höhe von 50 bis 70 Millionen Dollar, der in erster Linie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika unterzubringen ist. Die in Frage kommenden Finanzkreise haben die Gewährung des Kredites aus Gründen ihrer finanziellen Sicherung von dem Verzicht der Reparationskommission abhängig gemacht.

Es ist in diesem Zusammenhang bedeutsam, daß der Reichsfinanzminister ungeachtet gleichzeitig einem Vertreter der amerikanischen Presse gegenüber den Stand der Lebensmittelversorgung klargestellt und auf Grundlage der politischen Leistungen der deutschen Landwirtschaft in den letzten Jahren mit Entschiedenheit und unwiderleglich die Vorteile zurückgewiesen hat, die, leider nicht nur im Inlande, gegen den deutschen Nährstand erhoben worden sind. Es beruht im Inlande vielfach noch die Meinung vor, als sei Deutschland vorläufig durch den Ertrag seiner guten Ernte versorgt. Man wickelt sich aber die Lebensmittelversorgung seit jeher nicht so ab, daß zunächst die im Inlande vorhandenen Vorräte verbraucht werden und dann ausländische Nahrungsmittel die Lücke bis zur nächsten Ernte schließen. Die Nahrungsmittelerfassung im Inlande nimmt die gesamte Zeit bis zur kommenden Ernte ausnabehenden technischen Gründen in Anspruch. Die Erzeugung aus dem Inlande muß gleichzeitig daneben herlaufen, wenn nicht gefährliche Arlen entstehen sollen. Der Reparationskommission ist daher klar zu machen, daß die Bewilligung der amerikanischen Kredite nicht verweigert werden darf.

Das Pariser „Petit Journal“

und der frühere sächsische Ministerpräsident.

Dresden. Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt mit: Einige deutsche Blätter bringen die Nachricht, das Pariser „Petit Journal“ wolle Erklärungen des sächsischen Ministerpräsidenten veröffentlichen, die, wenn sie richtig wiedergegeben worden seien, einen peinlichen Eindruck hervorrufen müßten. Der ganze Bericht ist, wie die Nachrichtenstelle feststellt, sensationelle Mache. Nichts davon ist nur, daß der Ministerpräsident selbst vor einigen Wochen, wie vielen anderen ausländischen Pressevertretern, auch einem Vertreter des „Petit Journal“ eine nur wenige Minuten dauernde Unterredung gewährt hat. Sowohl die angeblichen Ausrufe des Ministerpräsidenten über öffentliche Ausspeichung und Maschinen-gewehrfeuer, wie auch die über einen Vertrag mit Ludendorff und über den sächsischen Stimmwert Ludendorff von A bis J unwahr. Auch das „Berliner Tageblatt“ bringt in seiner Ausgabe vom Sonnabend abend eine ähnliche Meldung aus Paris, bemerkt jedoch selbst dazu, diese Erzählung des französischen Journalisten trage den Stempel der Erfindung an der Stirn. Wie die Nachrichtenstelle nach Erkundigung an ausländischer Stelle mitteilt, hat der sächsische Ministerpräsident keine einzige der ihm in den Mund gelegten Ausrufe gemacht. Vielmehr sind sie entweder frei erfunden oder in ihr Gegenteil entstellt. Offenbar handelt es sich hier um einen böswilligen Versuch, die jetzt angebahnten direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich zu stören.

Sächsischer Besuch bei der bayerischen Landespolizei.

München. Eine Münchener Korrespondenz schreibt: Wir sind heute in der Lage, unseren Abonnenten mitteilen zu können, daß nicht nur die Reichswehr in Zahlen, sondern auch die bayerische Landespolizei durch Beamte der sächsischen Kapo besetzt worden ist. Anlässlich anlässlich einer Ferienreise liehen sich hier in München drei Beamte der sächsischen Kapo in der Münchener Kapoakademie Nachunterricht geben. Sie glaubten wahrscheinlich, durch einen eingehenden Bericht über die in der Kaserne und bei der Polizei herrschenden Verhältnisse sich bei ihren Vorgesetzten eine besonders gute Note zu verschaffen. Aus diesen Berichten, die vervielfältigt wurden, und, wie wir genau ermittelt haben, an den sächsischen Ministerpräsidenten Seigner, den sächsischen Innenminister Viehmann und an einige sächsische Regierungskommissare gingen, geht hervor, daß die drei Beamten ihre Spitzeltätigkeit ausdehnten auf Beurteilungen über die Auskattung der Stuben, Art und Handhabung des praktischen Dienstes und des Unterrichts, auf die Art der Verlehnung, auf die Kantinenbetriebe und das Offizierskafino, auf die Handhabung des praktischen Polizeidienstes in der Stadt und dergleichen mehr. Das Bild der Dindensburg, Ludendorff und patriotische Sprüche die Stubenwände schmückten, empörte sie ebenso sehr, wie die Tatsache, daß bei der bayerischen Kapo wie einst beim Militär sich ein Hauptmann der Kapo und ein Hauptmeister vom Dienst befanden. Das man bei der bayerischen Kapo Gewehrzerklern und Einzelgarnituren und sogar noch Religionsunterricht erteilt, hat gleichfalls ihre Entrüstung erweckt. Trotzdem haben sie noch für eine dritte Nacht am Unterricht. Da inzwischen bekannt geworden war, was die drei sächsischen Fremdlinge eigentlich wollten — nämlich einen regelrechten Spitzeldienst ausüben — wurde ihnen die Unterkunft verweigert und ein Verbot erteilt, außerhalb der Kapo die Uniformen der Kapo in der Kaserne zu gewahren.

Der Prozeß

gegen die Düsseldorf-Polizeibeamten.

Düsseldorf. Die Verhandlungen gegen die Angehörigen der Schutzpolizei aus Anlaß der Vorgänge am sogenannten roten Sonntag anlässlich der Umbildung der Separatisten am 30. September haben gestern vor dem französischen Kriegsgericht im Großen Saal des Ständehauses begonnen. Angeklagt sind im Ganzen 40 Personen, von denen die meisten im französischen Gefängnis in Landerdorf sitzen. Die Anklage richtet sich gegen den ausgewiesenen Kommandanten Lt. Grünher, 9 Offiziere der Schutzpolizei: Major Engel, die Hauptleute Winkelmann, Pöschel, Pöschel und Bauer, die Oberleutnants Pohl, Bodenstraß und Dübner, den Leutnant Vogt sowie gegen 14 Schutzpolizisten. Mitangeklagt sind ferner drei Angehörige der sächsischen Polizei, und zwar der Polizeioberinspektor Hoffner, Polizeimajor Euer und

Der zweite geschäftsfreie Sonntag

ist der 23. Dezember 1923. Die Geschäfte dürfen von vorm. 11 Uhr bis nachm. 6 Uhr geöffnet sein. — Weihnachtsgeschäften in dem „Riefaer Tageblatt“ werden aufmerksam geleitet und sind als Vorbereiter zum Einkauf dringend notwendig. — Anzeigen für die Sonntagsnummer bitten wir möglichst bald aufzugeben.

Tageblatt-Druckerei, Goethestraße 59.

Schumann Krieg, sowie Stadtschreiber Reuterden, Artill. Königs und Schlosser Engel. Der Eingang zum Ständehaus ist von einem starken Aufbot französischer Militärs besetzt, das eine strenge Kontrolle ausübt. Wer nicht im Ständehaus beschäftigt, als Zeuge geladen oder im Besitz einer besonderen Eintrittskarte oder eines Passausweises ist, wird zurückgewiesen.

Um 9 Uhr 30 Minuten betritt der Gerichtshof den Saal. Nach Feststellung der Personalien der Angeklagten werden die Zeugen aufgerufen. Es sind über 60 Zeugen geladen, von denen 8 nicht erschienen sind. Unter den von den Verteidigern geladenen Zeugen befindet sich der Separatistenführer Mathies. Die Zeugenvernehmung wird voraussichtlich morgen nachmittags 5 Uhr beginnen.

Der Gerichtsschreiber verliest dann die sehr umfangreiche Anklageschrift, die behauptet, daß die Zusammenkünfte am 30. September nur auf das Verhalten der Schutzpolizei zurückzuführen seien, daß die demonstrierenden Separatisten sich völlig ruhig verhalten hätten und erst durch das Erscheinen zweier Polizeibeamten, die sich von der Galerie in der Mühlenstraße nach dem Corneliusplatz begeben und dabei die Demonstranten gereizt hätten, beunruhigt worden seien.

Nach Verlesung der Anklageschrift, die rund 1/2 Stunden dauerte, trat eine kurze Pause ein, nach der die Vernehmung der Angeklagten begann. Die Verteidigung bestritt die Richtigkeit der Anklageschrift des französischen Kriegesgerichtes, wobei Rechtsanwalt Bräutigam ausführte, es handle sich bei dem Gebiet, auf dem die französische Besatzungsarmee weile, nicht um feindliches Gebiet, denn die Besatzung Düsseldorf sei jederzeit als Sanktion erfolgt. Zudem seien die Vorgänge vom 30. 9. anlässlich der Kundgebung der Separatisten und der Eingriff der deutschen Schupo eine rein deutsche Angelegenheit. Es handle sich also keinesfalls um einen beabsichtigten Angriff gegen Mitglieder der französischen Besatzungsarmee, und wenn wirklich die angeklagten Polizeibeamten einen Befehl des Dr. Haas, dem die Polizei unterstellt war, nicht befolgt hätten, so handle es sich hier nicht um einen von der Besatzungsarmee gegebenen Befehl, sondern um den Befehl eines deutschen Vorgesetzten, also um eine rein deutsche Disziplinarangelegenheit. Wenn bei den Vorgängen in der Menge befindliche französische Personen verletzt worden seien, so sei das durch reinen Zufall durch verirrte Augen gegeben, keinesfalls aber von den Schupo-Beamten beabsichtigt worden. Den Schupo-Beamten war bekannt, daß am 30. 9. sämtliche französische Truppen konzentriert waren, die Schupo-Beamten hätten deshalb gar nicht auf den Gedanken kommen können, daß sich französische Militärpersonen unter der Menge befinden. Wenn also in der Anklage von absichtlichen Angriffen gegen die Mitglieder der Besatzungsarmee gesprochen werde, so sei dies unzutreffend. Handele es sich aber vielleicht um ein französisches Interesse? Um welches? Vielleicht um die Separatisten zu schütten? Das könne doch wohl nicht der Fall sein. Die französische Besatzungsarmee habe bei der Besetzung Düsseldorf ausdrücklich die deutsche Gerichtsbarkeit in ihren Funktionen bestehen lassen. Das deutsche Volk erwarte von dem Gerichtshof, der im Namen des französischen Volkes spreche, die Antwort, ob seine Souveränität, in deren Namen die deutsche Gerichtsbarkeit spreche, hier noch weiter bestehe.

Der Gerichtshof behält sich seine Entscheidung über den Antrag des Verteidigers vor. Kurz nach 12 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Protest gegen das Treiben der Separatisten.
In Ludwigshafen. In den Tageszeitungen erlassen der Stadtrat, sämtliche politischen Parteien, alle Beamten, Angestellten- und Arbeitergewerkschaften und Arbeitgeberverbände und alle Berufs- und Wirtschaftsverbände der Stadt Ludwigshafen einen Aufruf an die Bevölkerung, der gegen die Verhaftung und Ausweisung der beiden letzten Bürgermeister und der Ludwigshafener Bezirksbeamten, die gestern erfolgte Verhaftung der Stadträte Fischer und Gebert und gegen die willkürlich vorgenommenen Requirierungen und sonstigen Gewalttaten der Separatisten protestiert.

Zum Protest gegen die Willkürherrschaft der Separatisten bewegte sich gestern nachmittags gegen 4 Uhr ein großer Demonstrationenzug durch die Hauptstraßen der Stadt. Der Zug nahm seinen Anfang bei der Babischen Anilin- und Sodafabrik. Die Menschenmenge war unüberschaubar. Besonders waren die Arbeiter im Zuge stark vertreten. Auch la-

Protest gegen das Treiben der Separatisten.
In Ludwigshafen. In den Tageszeitungen erlassen der Stadtrat, sämtliche politischen Parteien, alle Beamten, Angestellten- und Arbeitergewerkschaften und Arbeitgeberverbände und alle Berufs- und Wirtschaftsverbände der Stadt Ludwigshafen einen Aufruf an die Bevölkerung, der gegen die Verhaftung und Ausweisung der beiden letzten Bürgermeister und der Ludwigshafener Bezirksbeamten, die gestern erfolgte Verhaftung der Stadträte Fischer und Gebert und gegen die willkürlich vorgenommenen Requirierungen und sonstigen Gewalttaten der Separatisten protestiert.

Zum Protest gegen die Willkürherrschaft der Separatisten bewegte sich gestern nachmittags gegen 4 Uhr ein großer Demonstrationenzug durch die Hauptstraßen der Stadt. Der Zug nahm seinen Anfang bei der Babischen Anilin- und Sodafabrik. Die Menschenmenge war unüberschaubar. Besonders waren die Arbeiter im Zuge stark vertreten. Auch la-

Protest gegen das Treiben der Separatisten.
In Ludwigshafen. In den Tageszeitungen erlassen der Stadtrat, sämtliche politischen Parteien, alle Beamten, Angestellten- und Arbeitergewerkschaften und Arbeitgeberverbände und alle Berufs- und Wirtschaftsverbände der Stadt Ludwigshafen einen Aufruf an die Bevölkerung, der gegen die Verhaftung und Ausweisung der beiden letzten Bürgermeister und der Ludwigshafener Bezirksbeamten, die gestern erfolgte Verhaftung der Stadträte Fischer und Gebert und gegen die willkürlich vorgenommenen Requirierungen und sonstigen Gewalttaten der Separatisten protestiert.

Zum Protest gegen die Willkürherrschaft der Separatisten bewegte sich gestern nachmittags gegen 4 Uhr ein großer Demonstrationenzug durch die Hauptstraßen der Stadt. Der Zug nahm seinen Anfang bei der Babischen Anilin- und Sodafabrik. Die Menschenmenge war unüberschaubar. Besonders waren die Arbeiter im Zuge stark vertreten. Auch la-

Angelas Heirat.

Roman von U. G. Nöberlin.

50. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Angelas Erstaunen wuchs. Sie streckte die Hand aus, um den schmerzlichen Briefumschlag auf den Tisch zu legen, da wurde ihre Aufmerksamkeit von ein paar Worten gefesselt, die schwach, beinahe unleserlich auf die innere Seite der Klappe geschrieben waren.

„Kommen sie bald,“ stand da, „es geht um leben oder Tod.“

Diese Worte rüttelten die junge Frau sofort vollständig auf. Ohne die übrige Korrespondenz eines Blickes zu würdigen oder den Tee zu trinken, den man ihr gebracht hatte, stand sie rasch auf und drückte auf den Klingelknopf. Den prompt erscheinenden Diener beauftragte sie, sofort anspannen zu lassen.

„Ich muß mit dem nächsten Zuge nach Berlin fahren,“ sagte sie zu dem erstaunten Mann, „es handelt sich um wichtige geschäftliche Angelegenheiten. Luisa soll gleich zu mir kommen.“

Das Mädchen erschien und sah genau so erstaunt aus wie der Diener, als Angela ihr sagte, sie solle sofort eine Handtasche mit dem Nötigsten packen, da sie vielleicht genötigt sein würde, eine oder zwei Nächte in Berlin zu bleiben. Luises Erstaunen wuchs noch, als die junge Herrin ihr erklärte, sie werde allein reisen und bedürfe ihrer Dienste nicht.

Angela pflegte einen einmal gefaßten Entschluß immer rasch auszuführen und so war es auch heute. Sie hatte sich entschlossen, sofort nach dem Westertor zu fahren, und zu diesem Zweck war der erste Schritt, sich nach dem Bahnhof zu begeben und von da nach Berlin. Die junge Frau überlegte nicht lange; ob es nicht vielleicht besser gewesen wäre, anstatt selbst zu reisen, eine Vertrauensperson zu schicken, die dachte auch nicht daran, in Berlin erst ihren Rechtsanwalt, den Justizrat Grünig zurate zu ziehen, sie hatte nur den einen Gedanken, so schnell wie möglich den Ort zu erreichen, wo Nachricht von ihrem Mann sie erwartete. Dorthin wollte sie ohne jeden Aufschub. Nach-

richt von Erich, das mußte doch bedeuten, daß er lebte, dachte sie trotz der beunruhigenden Abfassung des schmerzlichen Briefes. Die bloße Tatsache, daß sie diesen erhalten hatte, hatte Angelas Herz mit neuer Hoffnung erfüllt. Und während der Fahrt nach Berlin träumte sie, in die Wagenpolster zurückgelehnt, glückliche Zukunftsträume von einer Zeit, in der Erich vielleicht lernen würde sie liebzuhaben, wo sie in seinen Augen vielleicht wieder das Auserwählte leben würde wie damals beim Abschied auf dem Bahnhof — mo sie vielleicht wieder das liebe Leben in seiner

hoffliche Weise nehmen an der Kundgebung teil. Den an der Ecke der Kaiser-Wilhelm-Straße und Ludwig-Straße schubbereit aufgestellten Separatisten schleuderte die Menge Wutrufe entgegen. Das separatistische Bezirksamt war von den Franzosen abgesperrt, ebenso ein Teil der Kaiser-Wilhelm- und der Bismarckstraße. Die größeren Fabriken hatten den Betrieb eingestellt. Die Läden waren geschlossen. Bis zur Stunde (5 Uhr) ist es zu Ausfährungen nicht gekommen.

Erbeben in Kolumbien.

Kolumbien ist von einem heftigen Erdbeben heimgesucht. Durch Erdstöße wurden viele Personen getötet und eine große Anzahl verletzt. Die Stadt Kumbal an der Grenze von Ecuador wurde zerstört. Aus den Trümmern der Stadt wurden bereits 85 Tote geborgen. Die von Kumbal ausgehenden Straßen sind durch große Erdrutsche gesperrt.

Vor der Entlassung der Ruhrgefangenen.

Der Generalsuperintendent der Rheinprovinz Dr. Klippmann, der Präsident des Evangelischen Konsistoriums, Frhr. v. d. Goltz, und der Präsident der Rheinischen Provinzial-Landsynode Dr. Wolff sind am 12. Dezember bei der Interalliierten Rheinlandkommission und am 14. Dezember bei dem kommandierenden General Dequaitte wegen Freilassung der politischen Gefangenen, wegen Zurücknahme der Ausweisungen und wegen Freigabe der beschlagnahmten Plätze und Gemeindegüter vortretend erschienen. Der Empfang, der den Vertretern der Evangelischen Kirche der Rheinprovinz zuteil wurde, läßt der Hoffnung Raum, daß die Erfüllung der vorgetragenen Wünsche in wohlwollender Erwägung gezogen werden wird.

Eine Unterbrechung bei den Postbeziehern

in der Rubrikung des Kießer Tageblattes zu Beginn des kommenden Monats wird nicht eintreten, wenn heute noch kein Briefträger oder kein zutändiger Postamt die Verteilung für Januar (Bezugspreis nicht mehr 5 Goldmark wie im Dezember, sondern nur 4 Goldmark) angebracht wird. — Man säume nicht!

Tagesgeschichte.

Der kommunistische Erwerbslosenkongress. Das Parteipräsidium teilt mit: Die Zahl der Teilnehmer an dem kommunistischen Erwerbslosenkongress, der am Sonntag vormittag unter dem Decknamen eines Sportklubs in Berlin entgegen dem Verbot statt, betrug insgesamt 37. Darunter befanden sich acht Frauen. Aus allen deutschen Ländern waren Delegierte erschienen, unter ihnen einzelne Angehörige von Landes- und Stadtparlamenten. Mehrere der Teilnehmer sind der politischen Polizei aus früheren Vorgängen bereits bekannt, so zwei Angestellte der russischen Sowjet-Verwaltung in Berlin, deren einer bei Veranstaltung des Kongresses eine führende Rolle gespielt hat. Die überwiegende Mehrzahl der Festgenommenen ist im Laufe des Montags und einsehender Vernehmung entlassen worden. Gegen die übrigen wird die Verhängung der Schutzhaft durch den Militärbehörden in Frage kommen.

Der Angefallenenkreis in Görlitz beendet. Der Streit der Angefallenen des Handels und der gemischtgewerblichen Industrie ist nach einjähriger Dauer beendet worden. Die wesentlichsten Forderungen der Angefallenen wurden erfüllt.

Der „Stahlhelm“ zum Beamtenabbau. Der „Stahlhelm“, Bund der Frontsoldaten, hat folgende Entschlüsse gefaßt: Bei dem bevorstehenden Beamtenabbau bitten und fordern die ehemaligen Frontsoldaten von der Reichsregierung und den Landesregierungen, daß die ehemaligen Frontkämpfer, die für den Staat am meisten gebuhrt haben, zuerst entlassen werden.

Die Besprechungen zur Eisenbahnfrage in der englischen Besatzungszone verflohen. In der „Kölnischen Zeitung“ sind die für Sonntag in Köln anderweitigen Verhandlungen über die

Einmal hören würde, das alle ihre Pulse höher schlagen ließ, als er jene letzten Abschiedsworte gesprochen: „Wielicht — später einmal.“

Als sie Berlin erreichte, war ihr erster Gedanke, nach der Bülowstraße zu fahren und Rosi die beglückende Neuigkeit mitzuteilen, aber schon ehe sie den Bahnhof verließ, hatte sie den Gedanken wieder aufgegeben, und sie sah auch davon ab, Stern ein Telegramm zu schicken. Sie erinnerte sich schauernd der Szene im Park und wie Rosi über die Beweise von Erichs Unschuld eher ärgerlich als erheitert erschienen, und sie rief sich die Worte ins Gedächtnis zurück, die er ihr damals wie im Triumph zugerufen: „Er ist tot — tot — tot!“

Es war zu spät in der Nacht in Berlin eingetroffen, um noch Anschlag an den Kölner Schnellzug zu fassen, und als sie nach dem Hotel fuhr, in dem sie die Nacht zubringen wollte, überlegte sie, ob es möglich sei, daß Rosi in seiner unseligen Leidenschaft für sie Erichs Tod herbeiwünsche. Wenn dies der Fall war, — und so schrecklich es schien, sie konnte sich nach dem Erlebten nicht verhehlen, daß die Möglichkeit vorlag, — dann war Stern der letzte, der von der neuen Hoffnung erfahren durfte, denn er könnte —

Er konnte nicht den Gedanken aus dem Kopf und doch kam er immer wieder und verdrängte Sterns Namen, so daß sie unruhig aufstand, um vom Potsdamer Bahnhof aus ihre Reise nach dem Westen fortzusetzen. Ihre hoffnungsvolle Stimmung vom gestrigen Tag war beinahe in das Gegenteil umgeschlagen, sie fand, daß ihre Reise ziemlich abenteuerlich sei, und daß, wenn man alles in Betracht zog, die Aussicht, wirklich Nachricht von Erich zu erhalten, doch sehr gering erschien. Dennoch gelang es ihr nicht, die Hoffnung, die tief in ihrem Herzen schlummerte, ganz zu erlöchen, wenn auch auf die freudige Erregung von gestern eine ziemlich tiefe Niedererschlagenheit gefolgt war. Und als sie sich ihrem Ziel näherte, da regte sich wieder frohe Erwartung in ihr, und es kam fast wie Gewissheit des Erfolgs über sie, als sie auf der kleinen Station ausstieg.

Als der Zug wieder abgefahren war, und das damit verbundene Leben und Treiben sich gelegt hatte, fragte sie einen Eisenbahnangestellten, wie sie nach Hauptstraße 108 gelangen könne. So weit sie gehen konnte, befand sich überhaupt in erreichbarer Nähe kein Haus außer dem Bahnhofsgebäude. Nach allen Seiten erstreckten sich Wiesen und Acker, aber von einem Dorf oder auch nur einer einzelnen menschlichen Wohnung war im weitesten Umkreis nichts zu erblicken.

Der Mann kratzte sich nachdenklich den Kopf. „Ja, Madam,“ sagte er, „hier ist nur der Bahnhof. Der Dorf ist über eine Stunde Weg von hier, und 108 ist ganz am anderen Ende, er liegt klar an Südschen vom Ort ab.“

Frage der Eisenbahnen in der englischen Besatzungszone verschoben worden, da das Reichsverkehrsministerium, das erst am Sonnabend über den Inhalt des Kolbenzer Abkommens unterrichtet werden konnte, nicht in der Lage war, schon an diesem Tage in Verhandlungen mit den Engländern einzutreten, um einen endgültigen Beschluß herbeizuführen. Die angekündigten Besprechungen dürften in den nächsten Tagen stattfinden.

Die Verminderung der belgischen Ruhrtruppen. Dem Brüsseler Times-Berichterstatter zufolge soll das belgische Kontingent im Ruhrgebiet unverzüglich vermindert werden. Die Kontrolle des besetzten Gebietes auf dem rechten Rheinufer wird einem einzigen Befehl unterstellt werden, mit dem Hauptquartier in Duisburg. Die belgische Regierung prüft die deutschen Vorschläge in wohlwollendem Geiste.

Kabinettsrat in Brüssel. Der deutsche Gesandte hat dem belgischen Außenminister die schriftlichen Erklärungen überreicht. Am Montag findet ein Kabinettsrat statt, der die Erklärungen des deutschen Geschäftsträgers einer Prüfung unterziehen wird. Als Grundlage für die belgische Antwort an Deutschland wird der in Brüssel eingetroffene Antwortsentwurf Bolcares dienen.

Brabburys in London. John Brabbury, der englische Delegierte in der Deputation, ist gestern früh nach England abgereist. Er wird, wie berichtet, in den ersten Tagen der nächsten Woche wieder in Paris eintreffen und wahrscheinlich dem Präsidenten der Reparationskommission die Namen der englischen Mitglieder zu den Untersuchungs-ausschüssen mitteilen.

Französische Beamtenverhältnisse. In weiten Kreisen der französischen Beamenschaft macht sich seit einiger Zeit eine wachsende Beunruhigung gegen die allgemeine wesentliche Leuerung geltend. Die Unzufriedenheit hat sich so verstärkt, daß die Beamten in Paris und in den großen Provinstädten täglich Protestversammlungen abhalten und Umzüge veranstalten. Sie verlangen eine einmalige Leuerungszulage von 1800 Fr. Am Sonntag wurden nach einer Havabmeldung Kundgebungen in Lyon abgehalten. Wesentlich hart ist die Bewegung in Paris. Sonntag nachmittags fand eine große Protestversammlung der Beamenschaft trotz des ausdrücklichen Verbotes der Regierung statt. Die Organe der Linkspresse nehmen sich der Bestrebungen der Beamten und öffentlichen Angestellten lebhaft an und suchen politische Momente hineinzubringen.

Der Schaden des japanischen Erdbebens. Nach einem Telegramm aus Tokio erklärte der japanische Finanzminister, daß das Erdbeben einen Schaden von insgesamt 10 Milliarden Yen verursacht hat.

Amerika und die französischen Schulden. Der „Daily Telegraph“ will aus zuverlässiger amerikanischer Quelle erfahren haben, daß die Vereinigten Staaten außer Stande sind, Frankreich zur Regelung seiner Schulden vorteilhaftere Bedingungen anzubieten, als seinerzeit England zugesprochen wurden. Die von französischer Seite verbreitete Meldung, wonach Frankreich einen Zinsfuß von nur 2 Prozent zu zahlen hat, entspricht aber nicht den Tatsachen, da die Zinsen der englischen Schuld 3 bis 3 1/2 Prozent betragen.

Bermischtes.

Großfeuer in der Juckerrefinerie Tangermünde. In der Juckerrefinerie Tangermünde, der größten Anlage dieser Art auf dem europäischen Festland, brach Großfeuer aus, dessen Ursache bisher noch nicht festgestellt ist. Durch den sich schnell ausbreitenden Brand wurde der Bau B, der alte Teil der Fabrik, vernichtet; das Refineriehäuser konnte gehalten werden. Da von dem brennenden Gebäude kaum noch etwas zu retten war, mußten sich der Anoburgischen Zeitung zufolge die Feuerwehren, die aus Stendal, Schwabell, Tangermünde und Magdeburg erschienen waren, darauf beschränken, eine weitere Ausbreitung des Feuers zu verhindern. — In dem Brand wird von der Direktion des Unternehmens folgendes gemeldet: Der Brand ist nicht so schlimm, wie er in den Zeitungen geschildert wird. Die alte Refinerie C ist ganz abgebrannt. Ob Rekonstruktion vorliegt, ist fraglich. Es ist das der Teil der Fabrik, der stillgelegt und ausgebaut werden sollte. Es ist weder Roh- noch Weichholz verbrannt, nur einige Nachprodukte. Der Betrieb geht ununterbrochen weiter. Die Fabrik war in Gold voll versichert.

„Oh!“ Das war alles, was Angela zu sagen vermochte, und ihr Blick schweifte ratlos nach der Landstraße hinüber, die sich durch die Wiesen hinschlängelte. „Neben eine Stunde?“ fragte sie dann. „Ja, wie komme ich denn dahin?“

Der Mann kratzte sich wieder den Kopf, wahrscheinlich um seiner Denkfraft zu Hilfe zu kommen, dann erklärte er ihr, der Hofbesitzer Strider sei mit seinem Gelpann hier und warte nur noch auf den Zug aus der anderen Richtung, werde in etwa einer Viertelstunde eintrüfen, dann führe er nach Hause und würde ihr gewiß gestatten mitzufahren.

Diese Nachricht wirkte wie eine Erlösung auf Angela. Der Beamte brachte sie zu dem stattlichen Mann, der in der Wirtshaus eine Korn gemüht, und der Hofbesitzer erklärte sich bereit, die junge Frau mitzunehmen. So sah sie denn etwa zwanzig Minuten später neben ihm auf dem Wagen und rollte über die Wiese dahin.

Der gute Mann, der sich wohl verpflichtet fühlte, sie zu unterhalten, erzählte ihr von seinem Vieh, seiner Butter, seinen Hühnern und Gänsen und sonstigen Dingen, die für ihn von Interesse waren, aber Angelas Aufmerksamkeit schweifte gar oft ab, denn sie war allzusehr mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt. Auch fiel es ihr auf, daß er sie etwas merkwürdig ansah, als sie ihn nach den Bewohnern von Hauptstraße 108 fragte. Es gelang ihr nicht, durch ihre vorsichtig gestellten Fragen etwas Bestimmtes aus ihm herauszubekommen, und sie hatte nicht Lust, dem redseligen alten Mann mehr als nötig von ihrer eigenen Geschichte zu erzählen. Und so konnte sie keine andere Auskunft von ihm bekommen als: „Tja, er sinn fonderbare Leut in dat Häusche.“

So fragte sie denn nicht weiter, sondern ließ ihn von den Dingen erzählen, die ihm nahelagen und tat so, als ob sie sich dafür interessiere.

Mit den guten Pferden, die ein ebenso stattliches Aussehen hatten wie ihr Herr, dauerte es nicht lange, bis sie das Dorf erreichten, das eigentlich nichts weiter war als eine lange Straße, in deren Mitte das Wirtshaus lag. Der alte Strider hatte ihr gesagt, man finde dort gute Unterkunft, und da die Wirtin einen lauberen, vertrauens-erweckenden Eindruck machte, so beschloß Angela, ihre Reisetasche dort abzulegen und ein Bett für die Nacht zu bestellen.

Vor allen Dingen ließ sie sich einen Kaffee bereiten — denn sie hatte zu Mittag im Speisewagen vor Aufregung nur ganz wenig zu sich genommen — der aber Erwärmen gut ausfiel, dann machte sie sich auf den Weg.

Die Wirtin sah sie genau so merkwürdig an, als sie das Haus erwähnte, wie der Alte vorher, und so fragte sie: „Liegt irgend etwas gegen die Leute vor?“

Verfälsches und Echtes.

Miela, den 18. Dezember 1923.

Wegen Verläumdungserklärungen erlassen der Rat und die Preisprüfungsstelle in vorliegender Tagesblattnummer eine Bekanntmachung, auf die ganz besonders aufmerksam gemacht sei. Die Bekanntmachung enthält Bestimmungen, die künftig bei der Preisgestaltung im Warenhandel als Richtlinien zu gelten haben. Die Preisbildung wird nunmehr mit allen Mitteln auf schärfste überwacht und gegen Anwerdung von unrichtigen Angaben vorgegangen werden. Mit der Überwachung der Preisbildung sind von der Preisprüfungsstelle außer den Preisbeamten verschiedene Herren der Mielaer Einwohnerschaft betraut worden, deren Namen in der erwähnten Bekanntmachung veröffentlicht werden.

Der wertvolle Vorgehen gewisser Erwerbstätiger. In den letzten Tagen haben Erwerbstätige in verschiedenen hiesigen Geschäften Lebensmittel zum Kauf angeboten und haben zum Teil auch bei den Geschäftsführern Erfolg gehabt, da sie angaben, daß der Erlös zu Unterstützungszwecken für Erwerbstätige verwendet werden sollte. Das muß als glatte Schwindel bezeichnet werden. Die Marken sind als Organisationsmarken für die Erwerbstätigen gedacht, die glauben, sich selbst organisieren zu müssen, weil sie von den Gewerkschaften, denen sie eigentlich angehören, auf Grund ihrer Erwerbslosigkeit von Beiträgen frei gelassen werden. Das geht aus schriftlichen Mitteilungen des Bundesausschusses der Erwerbslosen für den Kreis Ostpreußen hervor, in denen dieser zur Organisation aller Erwerbslosen auffordert, um für kommende Kämpfe gerüstet zu sein. Insbesondere ist der Markenverkauf in Szene gesetzt worden, um die inwischen von Militärbehörden verbolene Zusammenkunft der Erwerbslosenräte Deutschlands in Berlin zu finanzieren. Man dürfte nicht übersehen, daß die Annahme, daß sich hinter der Sache nicht die aufgelöste kommunistische Partei verbirgt, die die Erwerbslosen für ihre Zwecke gebrauchen will, es immer wieder empfohlen werden, vor sprechenden Erwerbslosen keine Spenden zu geben, sondern sich um Hilfsarbeit der Stadt Miela zu beteiligen.

Ausführung der 14. Ortskrankenkasse Miela. Man berichtet uns: Die 14. Ortskrankenkasse Miela hielt am Freitag, den 14. Dezember 1923 eine Versammlung ab. Zum Punkt 1 der Tagesordnung erbat der Geschäftsführer Herr Sander einen ausführlichen Bericht über den Finanzstand der Kasse. Danach belaufen sich die Einnahmen der Kasse auf 7500 Millionen Mark für 1923. Veranschlagt sind an die Kassendirektoren 3500 Mill., Krankengeld 1200 Mill., Krankengeld 607 Mill., Krankenhäuser 1100 Mill., Verwaltungskosten 700 Mill. Letztere werden in Zukunft vermindert durch Entlastung von Beamten infolge des Personalabbaues und Wegfall der Beitragsentlastung für die Invalidenversicherung. Die Personalverminderung tritt ab 1. Januar 1924 in Wirksamkeit. Von Arbeitgebern wird Abbau der Beiträge gefordert, woran Herr Kassenvorstand, Stadtrat Fiedler, erwidert, daß selbstverständlich auch an diese Maßnahme herangegangen wird, sobald die Geldverhältnisse eine gewisse Stabilität auf Dauer erkennen lassen. In Neuarbeit eingetommen ist für die Kasse das Beitragsentlastungsverfahren für die Erwerbslosenfürsorge. Vom 5. November bis jetzt sind ca. 2800 Millionen Mark hierfür eingebunden und an die Bezirkskasse Braunsberg abgeführt. Krankheitsfälle sind im Jahre 1923: 5622 gemeldet, im künft. Krankenhäuser waren 165 Mitglieder untergebracht. Die wöchentliche Ausgabe an Krankenhäuserpflegekosten beträgt zurzeit 211 Millionen. Von der Aufstellung eines Haushaltsplanes für das Jahr 1924 wird Abstand genommen. — Eine lebhaft debattierte ergibt der Bericht des Kassenvorstandes über die Ursachen und Gründe des bestehenden Konfliktes mit den Kassendirektoren. Bekanntlich gehen diese auf die Verordnung der Reichsregierung vom 30. Oktober dieses Jahres zurück. Hervorgehoben wird, daß die Kasse demüht gewesen ist, selbst in den wirtschaftlich ungünstigen Lagen, wo die Angehörigen oft ihre Gehälter wegen Geldmangel nicht rechtzeitig bekommen konnten, Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser prompt zu bezahlen. Da die Ausgaben für ärztliche Behandlung durchwegs an erster Stelle stehen, muß auch der Wohnung über schlechte und unwürdige Bezahlung der Ärzte ein für allemal entgegengetreten werden. In der Hand der Kassendirektoren wurde zur Kenntnis gebracht, daß die Kassendirektoren für die Woche vom 22. bis 28. November 1923 insgesamt 998 Millionen Mark und für die 2 Tage vor Ausbruch des vertragslosen Zustandes, 29. und 30. November 1923, 798 Millionen gezahlt erhielten von der Mielaer Kasse. Dabei hat ein einzelner Arzt nachweislich ein reines Wocheneinkommen, ohne Fuhrkostenauslagen, von 500 Millionen von 4 Krankentafeln Miela-Gröba bezogen. Eine vorliegende Arztrechnung über 26 tägige Behandlung zweier Kinder von Verlehderten besaß sich auf 219 Millionen Mark. Darin sind weder Aufwendungen für Fuhrkosten oder Verbandstoffe enthalten. — Während des vertragslosen Zustandes erhalten die Mitglieder der Arztrechnungen nach den Bestimmungen der Vorkonventionen. Allgemeine Währungsbedingungen der Arbeitgeber und Versicherer fand die Mitteilung der verschiedenen Säbe, welche die Ärzte den Kranken jetzt abnehmen. Während der eine Arzt für die Beratung 1 Mark fordert, nimmt der andere 3 Mark und mehr. Die Hauptfrage in Leipzig ist a. B. viel geringer als die der hiesigen Ärzte. Vom Vorstand wird schließlich gefordert, bei Abschluss neuer Verträge die Zahl der Ärzte für die Kassendirektoren zu verringern, da doch außerhalb in den Betrieben Personalabbaue als Forderung der Stunde gilt. Als Rechnungsprüfer wurden die Herren Direktor Spitz, Glasmeißner Regler und Bildhauer Schreiber bestimmt.

Weihnachtsmärchen-Aufführung. Vom 3. W. Sängerkreis wird morgen Mittwoch im Hörsaal das neuinszenierte Weihnachtsmärchen „König Wachtel im Zwergentande“ öffentlich aufgeführt. Da der Theatertrag woblätigen Zwecken zugute kommt, ist der Besuch noch besonders empfehlenswert. Man beachte die Anzeige im vorl. Tagesblatt.

Eine woblgeungene Weihnachtsfeier für ihre Kinder veranstaltete am vorigen Sonntag die Vereinigung christlicher Eltern in der Gildertstraße. Nachdem der Bläserchor des eogl. Jungmännervereins, der sich bereitwillig in den Dienst dieser Sache gestellt hatte, einen Choral gelassen hatte, sang der Kinderchor, der seit Anfang November d. J. unter Leitung des Herrn Vorsitzenden, Oberlehrer Bergmann, jede Woche fleißig allerlei Lieder eingeübt hat, einige Adventslieder, wozu denen die Begrüßungsansprache des Herrn Vorsitzenden lag. Das Programm der Weihnachtsfeier bestand außer in den Gesängen des Kinderchors und allgemeinen Betängen in Deklamationen von Kindern, einem Klavierkonzert, den Fräulein Johanna Ems freundlich übernommen, hatte, und einer Ansprache des Pfarrers Friedrich. Natürlich durfte auch Knacht Knappe nicht fehlen. Sein Erscheinen machte den Kindern große Freude, um so mehr, als er in der Lage war, Nessel auszuteilen. Ueberdies bekam beim Ausgange noch jedes Kind ein Paket mit vollkommenem Inhalt als Geschenk. Den Vorstandsmittgliedern und ihren Gehilfen und Gehilfen, die diese Feier mit viel Gönge und Opferung ihrer wertvollen Zeit vorbereitet hatten, wurde zum Schluß woblwollender Dank ausgesprochen, insbesondere dem tüchtigen Herrn Vorsitzenden, Eltern, die gewonnen sind, Mitglieder dieser Vereinigung zu werden, können sich bei Herrn Oberlehrer Bergmann, Schulstraße 5, oder bei Herrn Waisenhausinspektor

Wenoh, Schulstraße 7a, oder bei Frau Dr. Meke, Molenplatz 10, melden. Die Vereinigung christlicher Eltern tritt entschieden für die christliche Schule ein, in der die Kinder nicht nur christlichen Religionsunterricht empfangen, sondern überhaupt im Geiste des Christentums erzogen werden, und hat im Juni bei den Elternbeitragswahlen einen großen Erfolg zu verzeichnen gehabt.

Weihnachtskonzert der Gildertkapelle. Das vom Beamteneverein der Linke-Golmann-Landhammer Aktiengesellschaft, Miela-Gröba, am Sonnabend im Sternsaal veranstaltete Weihnachtskonzert am Veken der Notleidenden in Miela erfreute sich eines starken Besuches. Der Saal war festlich geschmückt und von der Bühne herab strahlten in hellem Glanz zwei mächtige Christbäume, so daß jeder Besucher sofort in die fröhliche Weihnachtsstimmung verlegt wurde. Die hiesige Gildertkapelle unter der bewährten Leitung ihres Musikdirektors Herrn Mebring spielte mit Gönge und fanden im 1. Teil die Ouverture zur Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ von Nicolai, ferner Einleitung des 3. Akts, Tanz der Lebruhnen, Festweise aus der Oper „Die Meisterlinder von Nürnberg“ von Wagner, sowie die von Mebring für großes Orchester bearbeitete 4. der Volontäre von Chopin eine ganz vorzügliche Wiedergabe. Herr Franz, welcher in freundlicher Weise das Alt-Solo in der Traumbilder-Fantasia von Lumby übernommen hatte, löste seine Aufgabe mit vielem Geschick. Eine darauf folgende Einlage „Erinnerung an die Alben“, Fantasia für Viola und Altler von Ritter, gespielt von den Herren Becker und Franz wurde sehr beifällig aufgenommen. Im 2. Teil gab es ausschließlich Weihnachtsmusik, die mit dem Torgemälde „Fröhliche Weihnachten“ von Koedel ihren Abschluß fand. Wie wir bereits erfahren haben, hat das Konzert einen namhaften Ueberflus erzielt, der demnächst dem Rat der Stadt Miela zugunsten werden wird.

In den Brinckh-Nachspielen (Hotel Söpiener) gelangt Donnerstag, Freitag und Sonnabend nochmals der feierlich mit großem Beifall aufgenommene Lustspiel „Er, Sie und Hamlet“ zur Vorführung. Wie uns die Direktion mitteilt, sind die beiden Originaltönen Wat und Patowon — die beiden Hauptdarsteller — in Miela eingetroffen, um sich dem Publikum persönlich vorzustellen.

Handelskammernotgeld. Wie die Handelskammer mitteilt, sind ihre größeren Scheine, d. h. die Ein- und Zwei-Mark-Scheine, vergriffen. Mit Rücksicht auf die nunmehr hinreichende Verorgung der Wirtschaft mit Notentgeld ist eine weitere Herausgabe nicht beabsichtigt, obwohl der Kammer vom Reichsfinanzministerium eine Kontingenterhöhung angeboten worden ist. Dagegen stehen Rebn-, Zwanzig- und Fünfundzwanzigscheine noch in großer Menge zur Verfügung. Bei größerem Bedarf sind vorherige Anmeldungen erwünscht.

Arbeitszeit der Beamten. Vom Deutschen Beamtenebund wird dem „L. T.“ geschrieben: Nach einer in der Tagespresse verbreiteten Mitteilung der Exprek-Korrespondenz sollen die Beamteneorganisationen eine Verengung der Geltungsdauer der Verordnung über die Arbeitszeit der Beamten auf drei Jahre gewünscht und die Einführung einer Mindestarbeitszeit verlangt haben. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Organisationen die Befreiung auf drei Jahre als eine viel zu lange Zeit einmütig abgelehnt haben. Weiter ist von allen Organisationen nicht die „Einführung einer Mindestarbeitszeit“ gefordert, sondern im Gegenteil die Festlegung einer Höchstarbeitszeit, über die die Regierung nicht hinausgehen darf, verlangt worden.

Postbezieher!

Heute oder morgen kommt der Briefträger und wird das Bezugsgehd für Januar auf das Mielaer Tagesblatt nicht mehr Goldmark wie im Dezember, sondern nur 4 Goldmark einbeben.

Religionsunterricht an höheren Schulen. Die Verordnung des Volksbildungsministeriums vom 1. Dezemb. 1923 über den Religionsunterricht an höheren Schulen lautet: 1) Für die beiden unteren Klassen der Realschulen und für die noch bestehenden Klassen der Volkshochschulen und Volkshochschulen wird die Zahl der wöchentlichen Religionsstunden von 3 auf 2 herabgesetzt. Gleichzeit wird die Zahl der Unterrichtsstunden in Deutsch in beiden Klassen um je eine erhöht. Diese Verringerung hat, soweit es die Stundenverteilung gestattet, baldigst, im übrigen aber spätestens mit Beginn des nächsten Schuljahres einzutreten. 2) In allen höheren Lehranstalten ist der Katechismusunterricht von jetzt an ganz einzustellen. 3) Eine Einreichung der nach der Verordnung vom 1. Nov. 1877 geforderten Ueberlicht über den Religionsunterricht darf es in Zukunft nicht mehr. 4) Im Interesse derjenigen Kinder, die den Religionsunterricht nicht besuchen, sind die Religionsstunden tunlichst auf den Beginn oder das Ende des Schulunterrichts zu verlegen.

Gemeindeverordnetenwahlen betr. Anlässlich der Gemeindeverordnetenwahlen sind mehrfach Zweifel darüber aufgetaucht, ob die nach § 8 der Gem.-D. einzureichenden Wahlvorschlüge mit Rücksicht darauf, daß der 21. Tag vor dem Wahltage ein Sonntag ist, auch noch am Montag, also dem 20. Tage vor der Wahl, einreicht werden dürfen. Diese Frage ist zu verneinen. Wenn der Geleggeber als Wahltag im § 28 der Gemeindeverordnetenwahlordnung vom 1. August 1923 jeweils den 3. Sonntag des November bestimmt und im § 8 der Gem.-D. vorschreibt, daß die Wahlvorschlüge bis zum 21. Tage vor dem Wahltage einzureichen sind, also also letzten Tag der Einreichungsfrist wieder einen Sonntag festsetzt, so bringt er damit demnach und unabweisbar zum Ausdruck, daß bis zu diesem Sonntag und nicht später Wahlvorschlüge abgegeben werden können. Die Bestimmung in § 188 des BGB., wonach dann, wenn innerhalb einer Frist der Abgabetermin auf einen Sonntag oder einen am Festtagsort feierlich anerkannten Feiertag fällt, anstelle des Sonn- oder Feiertags der nächstfolgende Werktag tritt, kann auf den vorliegenden Fall schon deswegen keine Anwendung erleiden, weil es sich hier um einen ein für allemal kalendermäßig feststehenden und aus solchen besonderen Gründen wählbaren Tag handelt. Aus dem gleichen Grunde müssen Verbindungsverpflichtungen von Wahlvorschlüßigen beim Wahltage spätestens am siebenten Tage und nicht erst am 6. Tage vor dem Wahltage einbringen.

Dr. Selgners Gesundheitszustand. Die Gerüchte, wonach der frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Selgner in einer Leipziger Nervenklinik Aufnahme gefunden habe, sind nicht zutreffend. Dr. Selgner ist durch den Oberlehrerarzt zwar auf seinen Gesundheitszustand untersucht, aber für durchaus normal befunden worden.

Der Kartoffelpreis. Die Kartoffelpreisermittlungskommission für den Freistaat Sachsen hat einen Erzeugerpreis von 2,00 bis 2,80 Mark je Zentner notiert.

Pakete nach Österreich. Die Pakete nach Österreich und darüber hinaus werden von den Postanstalten wieder zur Beförderung angenommen.

Besserer Geschäftsgang in der Gault. Eine erfreuliche Besserung in der Geschäftslage der Industrie ist in verschiedenen Teilen der Gault eingetreten. In der Textilindustrie und in der Maschinenbauindustrie hat sich der Geschäftsgang wieder zu arbeiten, zum Teil sogar Ueberstunden leisten müssen.

Stillesposten in Sachsen. Die Stillesposten verläßt schon seit längerer Zeit über eine große Zahl von Heilkräften. Um ihre geringe Stärke zu schätzen und die Heilkräften bis zur Heranbildung ausreichenden Postleistungen auszugleichen, ist bekanntlich vom Inhaber der Postleistungen in Sachsen eine Stillesposten aufgestellt worden. Diese setzt sich aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammen. Sie ist auf überparteilicher Grundlage gebildet und steht fest auf dem Boden der Verfassung. Ihre Führung liegt in der Hand von Postbeamten. Aufstellungsorte für die Stillesposten sind Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen, Glauchau und Miela. Unachtet des Postleistungsstreiks bleibt dem Inhaber der Postleistungen Gewalt in der Reichswehr das härteste und letzte Mittel, die Ruhe und Ordnung im Lande sicherzustellen. Die Reichswehr kann und wird auch weiterhin überall dort, wo Unruhe und Gewalt durch Postleistungsstreik nicht niedergelassen werden können, eingesetzt werden.

Weitere Senkung der Fleischpreise in Berlin. Auf dem Berliner Lebensmittelmarkt hat sich gestern die Abwärtsbewegung der Fleischpreise fortgesetzt. Die meisten Fleischsorten waren billiger als eine Mark je Pfund.

Landwirtschaftlicher Kreisverein Dresden. In der Ausschlußkündigung am vergangenen Freitag wurde zum Vorstehenden des Vereins Oekonomierat Weide mit 76 Stimmen wiedergewählt, 57 Stimmen erhielt Dr. Krimm (Weistropf), der damit stellvertretender Vorsitzender wurde.

Dresden. Die Vertrauensleute der Deutschnationalen Volkspartei, Ortsgruppe Dresden, hielten hier eine Versammlung ab, in der die Reichstagsabgeordnete Dr. Reichert und Dr. Willms, Vorna über die Politik der Reichsregierung und die Stellungnahme der Deutschnationalen Fraktion des Reichstags berichteten. Unter anderem wurde behauptet, daß der Reichskommissar Dr. Prings die Reichsregierung gegen Sachsen nicht die zur Schaffung einer bürgerlichen Regierung durchführen dürfte. Mit den von der Dresdener Parteileitung in Bezug auf die bevorstehenden Gemeindevahlen eingeleiteten Schritten erklärte sich die Versammlung einverstanden und billigte in einer Entschließung die Politik der Reichstagsfraktion, der sie das uneingeschränkte Vertrauen aussprach.

Bischofsverda. Nachdem der Streit zwischen den Krankenkassen und den Versteigern voraussichtlich noch länger andauern wird, haben sich die hiesigen Versteigerer in Würdigung der Notlage der Erwerbslosen entschlossen, diese unentgeltlich zu behandeln, ebenso ist auch die Verabreichung von Arzneimittel frei.

Größtöndner. Die Volksküche im Rinderheim, gegen die schon zu Beginn allgemeine Abneigung auftrat, weist selber nur eine schwache Beteiligung auf. Der Preis für eine Portion Essen ist jetzt auf 40 Pfennig herabgesetzt worden.

Reichsbrand. Der Fabrikbesitzer Richard Wahren, Inhaber der Firma Ernst Herrich, der in den letzten Jahren durch reichliche Gaben an Arme und Kranke der Gemeinde schon so manche Tränen getrocknet hat, erweist jetzt wieder eine Wagnisladung Kartoffeln und dazu die Barsumme von 900 Millionen Mark.

Plauen. Die hiesige Verwaltungspolizei hat in den letzten Tagen wieder größere Mengen von Landstreich und Gern beschlagnahmt, weil die darin geltenden Werte von 1,25 Mark überschritten worden waren. Vier Händler wurden 31 Stück Butter weggenommen. Auch zahlreiche Eier wurden beschlagnahmt, weil sie teilweise mit 30 und 45 Pfennigen verkauft wurden. Recht so!

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 18. Dezember 1923

Die Besetzung des Pariser Vorkommissars. Berlin. In parlamentarischen Kreisen verläßt nach dem „Tag“, daß die Absicht besteht, den letzten Reichslauter vor der Revolution Prinz Max von Baden zum deutschen Vorkommissar in Paris zu ernennen. Der Termin für die Thüringer Neuwahlen. Weimar. Nach einer Meldung der „Zeitung“ Tagespost“ soll die Thüringische Landesregierung die Wahl haben, die Neuwahlen am Sonntag, den 13. Januar 1924, festzusetzen.

Das Urteil im Dortmund Ankerprozess. Dortmund. Wegen Befolgung des früheren Kaisers hatte sich vor dem Schöffengericht der „Dortmunder Generalanzeiger“ von der Hand zu verantworten. In einem Artikel des „Dortmunder Generalanzeigers“ war dem früheren Kaiser der Verwurf gemacht worden, an dem angeblichen Selbstmord des Oberst a. Z. Graf Dahnke die Schuld zu tragen. Zeugen bezeugten, daß Graf Dahnke mit dem Kaiser bis zuletzt in gutem Einvernehmen befunden und keinerlei Zusammenhänge mit ihm gehabt habe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 200 Goldmark Geldstrafe.

Hollbüros im besetzten Gebiet. Köln. Nach einer Meldung der „Köln. Sta.“ aus Oelentrichen werden durch Verleih des kommandierenden Generals, um das Funktionieren des Wirtschaftslebens zu erleichtern, Hollbüros in nachstehenden Orten eingerichtet: Oberhausen, Dörken, Heflinghausen, Vöden, Dortmund, Witten, Steele, Bochum, Essen und Düsseldorf. Die Büros bearbeiten in der Hauptstadt Hollangelegenheiten, die Vereinbarung von Gehühren für die Vererbung von Gütern usw.

Ein deutscher Rechtsanwalt bei Poincaré. Köln. Die „Köln. Sta.“ berichtet aus Düsseldorf: Als deutscher Verteidiger in vielen Prozessen vor den französischen Kriegsgerichten im besetzten Gebiet ist Rechtsanwalt Dr. Grimm (Essen) vor einigen Tagen in Paris zum Ministerpräsidenten Poincaré empfangen worden. Er überreichte in einer Denkschrift die Wünsche der deutschen Bevölkerung für die Freilassung der Geisungen und hielt einen ausführlichen Vortrag über diese Angelegenheit. Besonders lenkte er die Aufmerksamkeit Poincarés auf die deutschen Geisungen am dem St. Martin-de-Be. Der französische Ministerpräsident hörte den Vortrag mit Interesse an.

Verwinden einer großen Goldsumme. Lübeck. Einem Boten eines Hofbotenverkes sind auf dem Wege zur Hauptpost in der Braunkohlstraße 36 615,75 Goldmark entwendet worden. Der Bote gibt an, das Geld sei ihm bei einem epileptischen Anfall abhanden gekommen. Die Firma legt 10% des Betrages als Belohnung für die Wiederbringung des Geldes aus.

Sturz der Monarchie in Griechenland. London. Eine gestern nachmittag aus Athen abgegangene Nachricht besagt, es werde angenommen, daß eine dynastische Krise unmittelbar bevorstehe. Die Abreise des Königs Georg wird für möglich gehalten.

Die deutsche Lebensmittelkommission vor der Reparationskommission. Paris. Die Reparationskommission wird sich am Mittwoch mit dem deutschen Ansuchen eines Prioritätsrechtes für Lebensmittelbeschaffen befassen.

Die Antwort der belgischen Regierung. Paris. Nach einer Meldung aus Brüssel ist die Antwort der belgischen Regierung auf den diplomatischen Schritt, den die Reichsregierung in Brüssel unternommen hat, Herrn von Rüdiger übergeben worden. Das Dokument soll heute den Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

